

Donnerstag, 17. Oktober 2019

Hilfe aus St. Gallen für Bahamas und Ecuador

Lotteriefonds Die St. Galler Regierung unterstützt die Hilfswerke Unicef Schweiz und das Schweizerische Rote Kreuz mit je 20 000 Franken zugunsten der Nothilfe auf den Bahamas und in Ecuador. Mit dem Beitrag aus dem Lotteriefonds will die Regierung die Solidarität der St. Galler Bevölkerung mit den betroffenen Menschen zum Ausdruck bringen, wie sie in einer Mitteilung schreibt.

Unicef arbeitet auf den Bahamas mit der nationalen Koordinierungsstelle für Notfälle, anderen UNO-Organisationen und Partnern zusammen und kümmert sich um Kinder und Familien. Der Schwerpunkt der humanitären Hilfe liegt auf der Bereitstellung von sauberem Wasser und Hygienesets für die Opfer von Hurrikan Dorian.

Migrationskrise um Venezuela

Zum zweiten Fondsbeitrag schreibt die St. Galler Regierung, die politische und wirtschaftliche Krise in Venezuela treibe Tausende von Menschen dazu, in Nachbarländer zu fliehen. Steigende Inflation, Lebensmittel- und Medikamentenknappheit sowie die ungenügende Sicherheitslage machen das Verbleiben im Heimatland immer schwieriger. Seit Beginn der Migrationskrise 2017 haben sich 4 Millionen Menschen auf die Flucht begeben. Der Exodus wirkt sich stark auf die Nachbar- und gleichzeitig Hauptaufnahmeländer Kolumbien, Chile, Peru und Ecuador aus.

Das Schweizerische Rote Kreuz unterstützt seit Beginn der Migrationskrise die lokale Schwestergesellschaft bei der humanitären Hilfe für venezolanische Migranten an Grenzübergängen und in grösseren Städten. Die Massnahmen umfassen vorab die medizinische und zahnärztliche Versorgung, die psychosoziale Unterstützung der Betroffenen, die Verteilung von Lebensmitteln und Hygieneartikeln sowie den Zugang zu sauberem Wasser. (mac)

Die Wahlen live mitverfolgen

St. Gallen Der Pfalz Keller im St. Galler Regierungsgebäude wird am kommenden Sonntag ab 11.30 Uhr wieder als Wahlzentrum des Kantons St. Gallen genutzt. Kandidierende, Parteienvertreter, Medienschaffende und die interessierte Bevölkerung können dort die aktuellsten Wahlergebnisse in Erfahrung bringen.

Die Resultate werden auf verschiedenen Bildschirmen aktuell gezeigt – auf diese Weise kann direkt mitverfolgt werden, wer im Kampf um Parlamentssitze vorne liegt. Traditionellerweise verbringen viele Kandidierende diesen Tag im Pfalz Keller, so dass das direkte Gespräch zwischen diesen und der Bevölkerung möglich ist. Offen ist das Wahlzentrum bis zum frühen Abend, wenn alle Endresultate feststehen. (red)

Sogar der Präsident redet kaum

Fredy Fässler will Regierungsrat bleiben. Sonst ist in der St. Galler SP noch wenig klar.

Andri Rostetter und Regula Weik

Es war eine Art Schweigegelübde, das sich die SP auferlegt hat: Am Tag, als Heidi Hanselmans Rücktrittspläne bekannt werden, soll in der Partei niemand über die Nachfolge sprechen. Es soll ganz und gar Hanselmans Tag werden. Mit Würdigung ihrer Laufbahn, ihrer Verdienste, ihrer Erfolge. Jetzt ist die Schonfrist vorbei. Wer Ambitionen auf Hanselmans Posten hat, darf Position beziehen.

Tags darauf hört man allerdings nur einen Namen: Fredy Fässler. Der Parteifreund von Hanselmann will in der Regierung bleiben. Fässler wird nächstes Jahr zwei Legislaturen hinter sich haben, eine dritte soll es also mindestens werden. Er soll aber nicht der einzige Sozialdemokrat in der Regierung bleiben. Die SP will den zweiten Sitz verteidigen. «Es ist aus der Sicht der Partei entscheidend, dass sämtliche Bevölkerungsgruppen dieses Kantons in der Regierung angemessen vertreten sind», schreibt die Partei in einem Communiqué. Mit wem sie das tun will, bleibt offen. Die Wahlkreisparteien können ihre Kandidaten bis am 7. November der Parteileitung melden. Die Geschäftsleitung wird dann einen Wahlvorschlag formulieren. Noch in diesem Jahr soll an einem ausserordentlichen Parteitag entschieden werden, wer für die Regierung kandidiert.

Wer ist etabliert? Wer hat das richtige Alter?

Schon ein kurzer Blick auf das Personal der St. Galler Sozialdemokraten zeigt, dass die Möglichkeiten begrenzt sind. Es gibt wenige, die für das Regierungamt in Frage kommen. Erfahrung, Verfügbarkeit, Alter, Geschlecht, Aussenwahrnehmung, Position in der Partei – diverse Faktoren spielen mit, wenn es um eine Kandidatur für die Exekutive geht. Naturgemäss ist das Raster in der ersten Phase



Mit wem wird Fredy Fässler künftig in der Regierung sitzen? Ambitionen nachgesagt werden Laura Bucher, Dario Sulzer und Bettina Surber (von oben links im Uhrzeigersinn).



Bilder: Regina Kühne, PD

der Kandidatensuche noch ziemlich grob. Es geht vorerst nur darum, wer genug etabliert und im entsprechenden Alter ist – und allenfalls Ambitionen hat. In der SP landet man schnell bei drei Namen: Laura Bucher, Bettina Surber, Dario Sulzer. Alle

drei sind jung beziehungsweise alt genug (zwischen 35 und 40), erfahren genug, gehören zur Parteielite und haben aktuell eine Führungsposition.

Dass niemand aus diesem Trio offen über seine Ambitionen redet, ist zumindest ein Zei-

chen, dass Interesse am Amt vorhanden ist. «Es gibt verschiedene Personen in der Partei, die in Frage kommen», sagt Bettina Surber auf Anfrage. Mehr ist von ihr nicht zu erfahren. Auch Laura Bucher erklärt: «Es ist noch alles offen.» Sulzer ist gar nicht

erst erreichbar. Auch eine Rückfrage bei Parteipräsident Max Lemmenmeier schafft kaum Klarheit. Auf die Frage, ob Männer ihre allfälligen Ambitionen begraben können, winkt Lemmenmeier zumindest ab. «Selbstverständlich können sich auch Männer bewerben.» Ansonsten lässt sich der Präsident nichts entlocken.

«Wir schauen auf unsere eigene Person»

Dass die SP ihr Kandidaten-Schaulaufen noch etwas hinauszieht, dürfte nicht zuletzt taktische Gründe haben. Mitte nächste Woche entscheidet die FDP, mit wem sie den Sitz des zurücktretenden Regierungsrats Martin Klöti verteidigen will. Der mediale Fokus dürfte sich vorerst auf diese Personalie richten – zumindest nach den eidgenössischen Wahlen. Auch die CVP hat nächsten Frühling einen Regierungssitz neu zu besetzen, jenen von Finanzchef Benedikt Würth. Die Partei hat sich bislang dazu nicht geäussert. Die SVP, die vierte Regierungspartei, hat nie ein Geheimnis daraus gemacht, dass sie im Frühling einen zweiten Sitz anstrebt. Der Entscheid, wem die Partei dies zutraut, fällt Ende Oktober. Ein Name steht bei der SVP schon länger in der ersten Reihe, wenn es um aussichtsreiche Kandidaturen geht, jener von Esther Friedli, Leiterin des Sekretariats der Kantonalpartei.

Sollten die bürgerlichen Parteien CVP, FDP und SVP tatsächlich je mit einer Kandidatin ins Regierungrennen steigen, würde dies den Druck auf die SP mindern, ebenfalls eine Frau zu portieren? Dazu der Parteipräsident: «Wir schauen nicht auf die ändern. Wir schauen auf unsere eigenen Personen und werden uns für die beste Kandidatur entscheiden.» Derzeit ist laut Lemmenmeier noch offen, ob dem Parteitag eine Einer- oder eine Zweierkandidatur präsentiert wird.

Rechte sind nach rechts und Linke nach links gerückt

Die Bundesparlamentarier haben sich den Rändern des politischen Spektrums angenähert, wie ein Rating zeigt.

Ganz knapp steht Thomas Müller nicht ganz rechts. Im Spektrum von -10 (links) und +10 (rechts) kommt der St. Galler SVP-Nationalrat auf einen Wert von +9,9 im Parlamentarier-Ranking der Forschungsstelle Sotomo. Die NZZ hat das Rating gestern veröffentlicht. Vor vier Jahren war Müller auf einen Wert von +8,1 gekommen. Auch Roland Rino Büchel hat sich dem rechten Rand angenähert (+9,4, vor vier Jahren +8,4).

Die SVP bewegt sich zwischen +8,2 und +10. Am äussersten rechten Rand stehen Luzi Stamm, AG, Adrian Amstutz, BE, und ein St. Galler, der gar kein Nationalrat mehr ist. Weil das Rating die gesamte Legislatur umfasst, ist Toni Brunner auch miteingerechnet. Sein

Nachfolger Mike Egger tritt in Brunners Fussstapfen und politisiert ebenfalls am rechten Rand (+9,4).

Lukas Reimann nicht mehr in Extremposition

Beim St. Galler SVP-Nationalrat und Auns-Präsidenten Lukas Reimann geht es nur um Nuancen. Vor vier Jahren noch am äussersten rechten Rand (+10), steht er inzwischen am äusseren (+9,6). Barbara Keller-Inhelder, SVP, liegt in ihrer ersten Legislatur bei +9,4, Marcel Dobler, FDP, bei +3,6. Sein Fraktionskollege Walter Müller kommt auf +4,5 (vor vier Jahren +3,7). Damit steht er in der FDP am weitesten rechts. Die Fraktion bewegt sich zwischen +4,5 und +1,9. Die CVP politisiert Mitte-links (+1,6 bis

-4,3) mit den St. Gallern Nicolo Paganini (+0,4), Markus Ritter (0) und Thomas Ammann (-0,2). Die beiden St. Galler SP-Nationalrätinnen sind nach links gerutscht (-9,6). Barbara Gysi von -8,4 und Claudia Friedl von -8. Ihre Fraktion bewegt sich zwischen -8,8 und -10.

Während alle Wahlumfragen auf einen Linksruck im Nationalrat hindeuten würden, werde sich der Ständerat, wenn schon, eher nach rechts bewegen, schreibt Politgeograf Michael Hermann von Sotomo in der NZZ. Die zurücktretenden Ständeräte sind mit -5,3 im Mittel deutlich links von jenen positioniert, die wieder antreten (-2,3). «Weil amtierende Ständeräte kaum je abgewählt werden, stellen die Wahlen vor allem

für Mitte-links eine Herausforderung dar.»

Rechsteiner links aussen, Würth in der Mitte

Dieser Ständerat am äusseren linken Rand tritt wieder an: Paul Rechsteiner (-9,4). Er kommt auf einen ähnlichen Wert wie 2011 als Nationalrat (-9,2). Vor vier Jahren lag der St. Galler bei -3,5. Das sozialdemokratische Schwergewicht habe sich richtiggehend eingemittelt, schrieb Hermann damals in der NZZ. Heute steht nur eine Ständerätin links von Rechsteiner: Liliane Maury Pasquier, SP, aus Genf (-9,6). Am weitesten rechts steht Peter Föhn, SVP, aus Schwyz (+9,3). Der St. Galler Ständerat Benedikt Würth politisiert ziemlich genau in der Mitte der klei-

nen Kammer (-2,6). Diese liegt mit -2,8 bei Pirmin Bischof, CVP, aus Solothurn. Der Innerrhoder Ständerat Daniel Fässler, CVP, bewegt sich auch in der Mitte (-2,6), der Ausserrhoder Andrea Caroni, FDP, kommt auf +2,3. David Zuberbühler, Ausserrhoder SVP-Nationalrat, bewegt sich am rechten Rand (+9,4).

Die Methoden von Sotomo wurden für den amerikanischen Kongress entwickelt. Sie bilden die ideologische Ausrichtung der Parlamentarier ab. Die Werte werden durch den paarweisen Vergleich der Parlamentarier berechnet. Je grösser die Übereinstimmung im Abstimmungsverhalten der Parlamentarier ist, desto näher sind sie sich.

Katharina Brenner